

Antrag

der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke und Dr. Timm Kern u. a. FDP/DVP

Auswirkungen und Konsequenzen der jahrelang fehlerhaften Lehrkräfteplanung

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. ob die Meldung des Südwestrundfunks (SWR) vom 16. Juli 2025, wonach durch einen Programmierfehler im Landesamt für Besoldung und Versorgung im Jahr 2005 im Personalverwaltungssystem DIPSY über zwanzig Jahre lang mit hunderten Lehrerstellen kalkuliert wurde, die gar nicht vorhanden waren und aufgrund dieses Fehlers aktuell 1 440 Lehrerstellen nicht besetzt sind, zutreffend ist;
2. ab welchem Zeitpunkt (genaues Datum) jeweils die für die Lehrkräfteplanung verantwortlichen Personen im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, im Ministerium für Finanzen, im Landesamt für Besoldung und Versorgung sowie Kultusministerin Theresa Schopper und Finanzminister Danyal Bayaz über den Programmierfehler und die daraus resultierenden Konsequenzen für die Lehrkräfteplanung Bescheid wussten bzw. in Kenntnis gesetzt wurden;
3. wie es dazu kommen konnte, dass der Programmierfehler und die daraus resultierende Fehlplanung, welche einen aktuellen finanziellen Gegenwert von etwa 120 Millionen Euro hat, über zwanzig Jahre lang nicht aufgefallen ist;
4. ob es innerhalb der letzten zwanzig Jahre bei den jeweils verantwortlichen bzw. mit den Vorgängen betrauten Personen (von Sacharbeiterebene bis zur jeweiligen Amtsspitze) dokumentierte Verdachtsfälle bzgl. des Programmierfehlers sowie der daraus resultierenden fehlerhaften Lehrkräfteplanung und entsprechender finanzieller Auswirkungen gab;
5. wohin die über zwanzig Jahre lang für Lehrerstellen eingeplanten aber nicht entsprechend verausgabten finanziellen Mittel geflossen sind;
6. wie hoch sich der gesamte finanzielle Gegenwert für die nicht besetzten Lehrkräftestellen seit Beginn des Programmierfehlers im Jahr 2005 gestaltet;
7. welche Auswirkungen diese über zwanzig Jahre andauernde Fehlplanung auf die Versorgung mit Lehrkräften an den Schulen in Baden-Württemberg hatte;
8. ob es Fälle gibt, in denen durch die Fehlplanung Lehrerstellen nicht ausgeschrieben wurden, obwohl ein Bedarf vorhanden gewesen wäre;
9. ob sie vor dem Hintergrund der Fehlplanung die aktuell niedrigen Einstellungszahlen von Referendaren an den Gymnasien neu bewertet;
10. wie sie vor dem Hintergrund der Tatsache, dass der Lehrkräftemangel offenbar jahrelang unterschätzt wurde, zur Aussage des Ministerpräsidenten aus dem Jahr 2022 steht, wonach er „die alte Leier nach mehr Lehrkräften“ nicht mehr hören könne;
11. inwiefern die Lehrkräftebedarfsprognose bis 2032/2033 nun neu kalkuliert wird und auf welcher Datengrundlage diese Kalkulation vorgenommen wird;

12. wie sie den Lehrkräftebedarf bis zum Schuljahr 2032/33, unterteilt nach den einzelnen Schularten, einschätzt;
13. ob es auch in anderen Bereichen als der Lehrkräfteplanung zu entsprechenden Fehlplanungen gekommen ist;
14. welche personellen und organisatorischen Konsequenzen sie aus dieser Fehlplanung zu ziehen gedenkt;
15. mit welchen Maßnahmen sie sicherzustellen gedenkt, dass in Zukunft derartige Fehler sowie die Tatsache, dass der Fehler über zwanzig Jahre lang nicht auffiel, ausgeschlossen sind.

16.7.2025

Dr. Rülke, Dr. Kern, Birnstock, Fink-Trauschel, Goll, Haußmann, Weinmann, Bonath, Fischer, Haag, Heitlinger, Dr. Jung, Karrais, Reith, Scheerer, Dr. Schweickert FDP/DVP

Begründung

Einem Bericht des SWR vom 16. Juli 2025 zufolge wurde durch ein Update der Software DIPSY vor gut einer Woche entdeckt, dass das Land Baden-Württemberg über zwanzig Jahre lang hunderte Lehrerstellen nicht besetzt hat, obwohl diese entsprechend eingeplant waren. Derzeit sind aufgrund dieses Fehlers rund 1 440 Lehrerstellen nicht besetzt. Dies legt nahe, dass der Lehrkräftemangel in Baden-Württemberg entgegen verschiedener Aussagen der Landesregierung offenbar noch größer ist als bislang angenommen. Zudem wirft der Bericht erhebliche Fragen zu den internen Abläufen und Kontrollmechanismen im Kultusministerium und im Landesamt für Besoldung und Versorgung auf. Dieser Antrag soll erörtern, wie es zu dem Programmierfehler kommen konnte, wie dieser die Versorgung mit Lehrkräften beeinflusst hat, warum dies über zwanzig Jahre lang nicht aufgefallen ist, wohin die entsprechenden finanziellen Mittel geflossen sind und welche personellen und organisatorischen Konsequenzen die Landesregierung hieraus zu ziehen gedenkt.